

Neue Justiz **N** **J**

**Zeitschrift
für sozialistisches Recht
und Gesetzlichkeit**

**41. Jahrgang
Heft 5/1987
Seiten 173-212**

Günter Wendland:

Der Einsatz der Staatsanwälte für die stete Festigung der Gesetzlichkeit (Zum 35. Jahrestag des ersten Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der DDK)

Prof. Dr. sc. Lothar Ruster:

Der völkerrechtliche Status des RGW (Zur neuen Konvention über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten des RGW)

Prof. Dr. Walter Hantsche /

Dozent Dr. Werner Kulitzscher:

Wirksamere Arbeit der Konfliktkommissionen

40 Jahre „Neue Justiz“

Prof. Dr. sc. Günter Baranowski: ,
Rechtswissenschaft im Umbruch — „Neue Justiz“ im
Gründungsjahr 1947

Festveranstaltung aus Anlaß des 40jährigen Erscheinens der Zeitschrift

Unser aktuelles Interview

mit Dr. Rolf Beinarowitz über die Ausstellung
„Recht und Gesetz in der Geschichte Berlins“

750 Jahre Berlin

Recht und Justiz in der Geschichte Berlins — Eine
Chronik (Teil 1) —

Staat und Recht im Imperialismus

BRD-Bundesgerichtshof hob Urteil des Landgerichts
Krefeld gegen den Thälmann-Mörder Otto auf

Prof. Dr. sc. Jochen Dötsch /

Dr. Rolf Lämmerzahl:

Konservative Angriffe auf die Schutzrechte der USA-
Bürger vor willkürlicher Strafverfolgung

Zur Diskussion

Dr. Gerhard Körner/Horst Willamowski:

Zur Frage der Zulässigkeit eines Einspruchs oder
einer Beschwerde des Geschädigten im Strafbefehls-
verfahren

Wolfgang Rodewald:

Nochmals zu philosophischen Positionen und rechtlichen
Konsequenzen strafrechtlicher Verantwortlichkeit wegen
Fahrlässigkeit

Dr. Gerhard Bindert:

Verantwortung und rechtliche Verantwortlichkeit bei
der medizinischen Betreuung der Bürger

Neue Reditsvorschriften

Autorenkollektiv:

Überblick über die Gesetzgebung im I. Quartal 1987

Erfahrungen aus der Praxis

Siegfried Fichtler / Jürgen Loesche:

17- Durchsetzung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit
174 in LPGs.

199

Manfred Schmidt:

Umfang des Schadenersatzantrags bei Straftaten gegen
das sozialistische Eigentum und die Volkswirtschaft 200

176

Fragen und Antworten

203

Informationen

179

180 Nachrichten

Ehrung für Hans Litten

202

Allgemeine Gesetzlichkeitsausicht des Staatsanwalts

Protest des Staatsanwalts des Bezirks Frankfurt (Oder):

182 Zur Verantwortung der Betriebe für die ständige-Gewähr-
leistung der ordnungsgemäßen Verwaltung und zweckbestimm-
ten Verwendung der materiellen Fonds.

203

183 Rechtsprechung

Arbeitsrecht

Oberstes Gericht:

184 1. Zur Sachaufklärung, wenn in einem befristeten Änderungs-
vertrag die wesentlichen Bestandteile für einen weiteren
Änderungsvertrag enthalten sind.

2. Zu den Lohnansprüchen eines Werk tätigen, der nicht ent-
sprechend den Vereinbarungen in einem Änderungsvertrag
beschäftigt wird.

204

Oberstes Gericht:

186 Zur Anerkennung von Zeiten der Schichtübergabe als Über-
stundenarbeit bei Werk tätigen ohne Leitungsverantwortung.

205

Familienrecht

Oberstes Gericht:

Zu den Voraussetzungen, unter denen in Unterhaltsverfahren
eine Schätzung des Einkommens des Verpflichteten möglich ist.

188 Oberste® Gericht:

zur Entscheidung über die Ehwohnung, wenn ein Ehegatte
Alleineigentümer des Grundstücks bzw. Eigenheims ist, in dem
sich die Ehwohnung befindet.

206

207

Zivilrecht

188 oberstes Gericht:

Zu den Anforderungen an eine Kündigung zur Beendigung der
Mitgliedschaft in einer AWG.

208

Oberstes Gericht:

Zur entsprechenden Anwendung der Bestimmungen über die
Garantie beim Kauf auf Verträge über hauswirtschaftliche
Dienstleistungen.

209

191 Oberstes Gericht:

1. Zu den Voraussetzungen, unter denen ein einzelner Erbe mit
Wirkung für eine Erbengemeinschaft notwendige Maßnahmen
zur Erhaltung der Erbschaft oder einzelner Nachlaßgegenstände
treffen kann.

194 2. Zur Kündigung eines Grundstücksnutzungsvertrags wegen
Eigenbedarfs, wenn der Nutzungsberechtigte auf der Boden-
fläche eben Bungalow errichtet hat.

209

Strafrecht

Oberstes Gericht:

194 Zur Prüfung des Kausalzusammenhangs zwischen Pflichtver-
letzungen des Leiters bzw. leitenden Mitarbeiters im Gesund-
heits- und Arbeitsschutz (hier: bei Abbrucharbeiten) und dem
Eintritt eines Unfalls.

210

Oberstes Gericht:

196 Voraussetzungen des Versuchs einer unbefugten Benutzung von
Fahrzeugen.

211